



HESSISCHER LANDTAG

12. 03. 2024

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,**Fraktion der SPD****Sicher leben in Hessen – Sicherheit ist menschliches Grundbedürfnis**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betont die hohe Bedeutung der Sicherheit als menschliches Grundbedürfnis. Nur unter sicheren Rahmenbedingungen ist ein Leben in Freiheit möglich. Auch wenn absolute Sicherheit in einem freiheitlichen Rechtsstaat nicht gewährleistet werden kann, unternimmt das Land umfassende Anstrengungen für ein Höchstmaß an Sicherheit. Der Landtag begrüßt, dass auch die kürzlich vorgestellte Kriminalstatistik zeigt, dass Hessen – auch im bundesweiten Vergleich – ein sicheres und lebenswertes Bundesland ist. Die gewohnt hohe Aufklärungsquote belegt die Zuverlässigkeit und Effizienz der hessischen Sicherheitsbehörden.
2. Der Landtag nimmt die bundesweite Entwicklung steigender registrierter Straftaten aufmerksam zur Kenntnis. Er betont die Wichtigkeit eines effektiven, gut ausgerüsteten und ineinander verzahnten Sicherheitssystems, das Kriminalprävention, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung effizient vereint. Auch wenn die Statistiken der Vorjahre pandemiebedingt ein geringeres Straftataufkommen in Aussicht gestellt hatten, ist der festgestellte Wert der registrierten Straftaten insgesamt auf einem niedrigen Niveau. Die Kriminalitätsentwicklung des vergangenen Jahres darf nicht voreilig und einseitig durch bestimmte Gruppierungen missbraucht werden, sondern bedarf einer sorgfältigen und unvoreingenommenen Analyse. Der Landtag erklärt seine Zustimmung bezüglich der Planungen des Landes, mit gezielten Maßnahmen gegen diese Entwicklung vorzugehen. Insbesondere die beispielhaften Maßnahmen zur Innenstadtoffensive, dem Frauensicherheitspaket und den Häusern des Jugendrechts sind im besonderen Maße hierfür geeignet und finden den Zuspruch des Landtags.
3. Der Landtag dankt den vielen Frauen und Männern, die für die Sicherheit in Hessen Tag und Nacht unterwegs sind; das umfasst zuvorderst die Polizistinnen und Polizisten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, der Ordnungsämter, der Cyberabwehr, aber auch die Rettungskräfte und die Organisationen des Brand- und Katastrophenschutzes. Hierbei handelt es sich um eine gut ausbalancierte und laufend modernisierte Sicherheitsarchitektur, die auch in Zusammenarbeit mit den anderen Ländern, dem Bund und den europäischen Nachbarländern ihr Möglichstes tut, um den ca. 6,4 Millionen Einwohnern Hessens ein freies und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Daher zeigt sich der Landtag bestürzt über die gemeldeten Fallzahlen hinsichtlich der Gewalt gegen Einsatzkräfte, die einen Höchstwert erreicht haben. Unter keinen Umständen darf toleriert werden, wenn Helferinnen und Helfer vor Ort Gewalt und Schikanen ausgesetzt sind.
4. Der Landtag bekräftigt seine bisherigen Erklärungen, Extremismus, sei er von links, rechts oder religiös motiviert, mit allen rechtstaatlichen Mitteln zu bekämpfen und das Land bei dieser Aufgabe bestmöglich aufzustellen. Er stellt fest, dass rechtsextremistisch motivierte Straftaten erneut einen Großteil der erfassten extremistischen Straftaten ausmachen. Der Landtag begrüßt daher die erneuten Erfolge der seit 2019 operierenden Besonderen Aufbauorganisation „BAO R“, mit der die Bekämpfung der rechten Szene und von Rassismus besonders in den Fokus genommen werden. Er unterstützt die Landesregierung in dem Bestreben, hier weiterhin konsequent zu handeln. Ebenso wie das allgemeine Kriminalitätsgeschehen dürfen staats- und menschenfeindliche Bestrebungen nicht das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung belasten. Auch dem zunehmenden, absolut inakzeptablen Antisemitismus ist unabhängig von dessen ideologischem Ursprung, ohne Wenn und Aber entschlossen und gesamtgesellschaftlich entgegenzutreten.

Begründung:

Erfolg mündlich.

Wiesbaden, 12. März 2024

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert